



15. Dezember 2017

Mit diesem Newsletter berichten die beiden nordhessischen Bundestagsabgeordneten für Waldeck-Frankenberg, Kassel-Land und Schwalm-Eder, Esther Dilcher und Dr. Edgar Franke, von den Sitzungswochen des Deutschen Bundestages in Berlin.

Inhalt:

- **Kurzbericht vom SPD Bundesparteitag in Berlin**
- **Die „Paradise Papers“ erzwingen es: Maßnahmen gegen unfairen Steuerwettbewerb**
- **Jahrestag des Anschlags vom Breitscheidplatz: Wir dürfen die Opfer nicht allein lassen**
- **Aufhebung des § 219a StGB – für die Freiheit der Information und die freie Ärztwahl**
- **SPD-Bundestagsfraktion fordert nationalen Glyphosatausstieg**
- **Dialogveranstaltung der AG Zukunft des Gesundheitswesens**
- **Außenpolitische Kontinuität in außergewöhnlichen Zeiten**



Kurzbericht vom SPD Bundesparteitag in Berlin

In seiner Grundsatzrede machte sich SPD-Vorsitzender Martin Schulz vor allem für ein neues Europa stark. Es dürfe kein „weiter so“ geben.

Soziale Sicherheit und sichere Arbeit sowie ein Sofortprogramm für die Zukunft seien Kern sozialdemokratischer Politik, betonte Schulz. Enormer Anstrengungen bedürfe es auf dem Feld der Bildungspolitik mit Kostenfreiheit von der Kita bis zur Hochschule und zum Meisterbrief. Der Klimawandel müsse z. B. mit einem Ende der Kohleverstromung bekämpft werden. Dabei müsse man aber auch die Zukunft der betroffenen Arbeitnehmerschaft im Auge haben.

Mit Blick auf die ungeklärte Regierungssituation in Berlin sagte er, die SPD müsse nicht um jeden Preis regieren, aber ebenso nicht um jeden Preis nicht regieren! Entscheidend seien die Inhalte. Für die SPD gebe es keinen Automatismus in die eine oder andere Richtung. Dafür stehe er ganz persönlich.

Nordrhein-Westfalens Landeschef Michael Groschek warnte, sich zu früh auf eine Große Koalition einzustellen: "Wenn wir uns an die Rolle des Juniorpartners gewöhnen, enden wir als Wackeldackel", sagte er gegenüber dem Spiegel.

Anschließend wurde Martin Schulz mit einem überzeugenden Ergebnis als Vorsitzender wiedergewählt. Von 620 gültigen Stimmen erhielt er 508 Ja- und 97 Nein-Stimmen, was einer Zustimmung von 81,9 % entspricht. Es gab 15 Enthaltungen.

Bereits zum 35. Mal wurde auf einem SPD-Bundesparteitag der Wilhelm-Dröscher-Preis verliehen. Geehrt werden damit herausragende Leistungen der örtlichen Partei- und Öffentlichkeitsarbeit. Die Laudatio auf die diesjährigen Preisträgerinnen und Preisträger hielt unserer frühere hessische Landesvorsitzende und Bundesministerin Heidemarie Wiezcorek-Zeul.

Die „Paradise Papers“ erzwingen es: Maßnahmen gegen unfairen Steuerwettbewerb

Die ab April 2016 vom Internationalen „Consortium of Investigate Journalists“ systematisch veröffentlichten Paradise Papers offenbarten eine systematische und komplexe Steuervermeidungspraxis der Millionäre und multinationalen Unternehmen.

Bei dieser Praxis handelt es sich in der Regel nicht um klassische Steuerhinterziehung, sondern um geschickte Steuergestaltung unter Ausnutzung des unfairen Steuerwettbewerbs zwischen den Staaten. Nicht die klassische Steuerhinterziehung, sondern die legale Steuervermeidung beschert Millionären und multinationalen Konzernen exorbitante Ersparnisse und damit Gewinne.

Diese Steuervermeidung ist in zweifacher Hinsicht ungerecht. Sie ermöglicht international tätigen Unternehmen durch ausgefeilte Steuertricks ihre Steuerschuld enorm zu drücken, während kleine und mittlere Unternehmen diese Möglichkeiten zur grenzübergreifenden Steuergestaltung nicht haben. Den betroffenen Staaten umfangreiche und dringend für die Finanzierung öffentlicher Aufgaben benötigte Steuereinnahmen verloren.

Im Klartext: Weniger Geld für Kommunen, für Straßen, Schienen und Stromnetze, aber auch Schulsanierungen und Sicherheit.

Da es sich um legale Möglichkeiten der Steuervermeidung handelt, ist ein Vorgehen gegen diese Ausnutzung des unfairen Steuerwettbewerbs äußerst problematisch. Gleich dem Kopf einer Hydra führte bislang jeder Versuch einer Eindämmung oder Unterdrückung nur zu einer weiteren Ausweitung des Missbrauchs. Oder einfacher gesagt: Stopfte man das eine Schlupfloch, tauchten gleich zwei neue auf. Wir fordern daher eine effektive Schließung der Steuerschlupflöcher innerhalb der Europäischen Union und eine Harmonisierung des Steuerrechts, unter anderem durch Mindeststeuersätze.

Hier ist eine Bundesregierung gefordert. Sie muss in der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) und im Rat der Europäischen Union für eine Verschärfung der Kriterien für unfairen Steuerwettbewerb eintreten. Zusätzlich soll sie die Einführung von Mindeststeuersätzen vorantreiben, die sämtliche relevanten Bereiche der Steuererhebung umfassen. Uns ist darüber hinaus wichtig, dass Länder, die sich unkooperativ verhalten, zukünftig sanktioniert werden können.

Maßnahmen gegen den unfairen Steuerwettbewerb kommen langfristig allen Bürgerinnen und Bürgern zugute, da sie das Potenzial haben, die Steuereinnahmen der Staaten spürbar zu erhöhen.

Jahrestag des Anschlags vom Breitscheidplatz: Wir dürfen die Opfer nicht allein lassen

Am 19. Dezember gedenken wir der Opfer des Terroranschlags vom Breitscheidplatz.

12 Menschen kamen ums Leben und über 60 wurden zum Teil schwer verletzt. Für die Familien der Todesopfer und der Verletzten wiederholt sich mit dem Jahrestag auch eine schreckliche Erinnerung. Wir möchten daher in erster Linie unser tiefes Mitgefühl und unsere Trauer bekunden.

Umso beschämender ist es zu hören, dass viele der Opfer und Hinterbliebenen sich nur unzureichend unterstützt, versorgt und entschädigt fühlen. Auch in der Presse und in den sozialen Netzwerken wächst das Unverständnis über bürokratische Hürden, undurchsichtige Verfahren und fehlende finanzielle Unterstützung für die Betroffenen.

Mit einem interfraktionellen Antrag haben wir uns daher in dieser Woche nicht nur mit den Opfern solidarisch erklärt, sondern auch für konkrete Verbesserungen im Opferschutz und bei der Opferversorgung eingesetzt.

Dazu gehören die Einrichtung zentraler Anlaufstellen zur Unterstützung der Opfer sowie eine Prüfung der Höhe und der Zugangsmöglichkeiten zu Entschädigungsleistungen. Wir begrüßen diesen Antrag sehr, da wir der Auffassung sind, dass – neben einem ehrenvollen und angemessenen Gedenken – eine wirksame Unterstützung und zügige Entschädigung der Opfer und der Betroffenen zur Fürsorgepflicht des Staates gehören.

Aufhebung des § 219a StGB – für die Freiheit der Information und die freie Arztwahl

Wir fordern die Aufhebung des § 219a Strafgesetzbuch (StGB). Dazu haben wir einen Gesetzentwurf eingebracht. Der Anlass für unsere Initiative war die Entscheidung des Amtsgerichts Gießen vom 24. November dieses Jahres, mit der die Ärztin Kristina Hänel zu einer Geldstrafe in Höhe von 6000,-€ verurteilt wurde. Frau Hänel hatte lediglich über einen Link auf ihrer Website allgemeine Informationen zum Schwangerschaftsabbruch zur Verfügung gestellt und Hinweise zu dessen Durchführung in ihrer Praxis gegeben. Das Gericht bewertete diesen Umstand als Verstoß gegen §219a StGB.

Schwangerschaftsabbrüche sind unter bestimmten Voraussetzungen erlaubt und legal. Über einen erlaubten Eingriff muss der Arzt oder die Ärztin sachlich informieren dürfen. Patientinnen und Patienten haben das im Patientenrecht geregelte Recht auf Aufklärung und Information. Dieses Recht muss selbstverständlich auch für Schwangerschaftsabbrüche gelten. Außerdem gilt für Patientinnen und Patienten die freie Arztwahl. Beide Rechte werden durch § 219a unzumutbar eingeschränkt. Daher gehört der § 219a abgeschafft.

Wir sind davon überzeugt, dass eine Streichung des § 219a zu keinem weiteren Anstieg der Schwangerschaftsabbrüche führen wird. Diese sind kontinuierlich seit 2009 rückläufig, insgesamt um 10%. Auch wird es zukünftig keine anstößige oder sittenwidrige Werbung zu Schwangerschaftsabbrüchen geben, da sowohl die Berufsordnung für Ärzte als auch das Heilmittelwerbegesetz berufs- oder sittenwidrige Werbung verbieten. Es bedarf keiner zusätzlichen strafrechtlichen Regelung.

Die Streichung des § 219a bedeutet die Stärkung des Informationsrechts von Frauen im Zusammenhang mit Schwangerschaftsabbrüchen, beseitigt Rechtsunsicherheiten und führt damit zu einem besseren Schutz von Frauen in einer Schwangerschaftskonfliktsituation.

SPD-Bundestagsfraktion fordert nationalen Glyphosatausstieg

Glyphosathaltige Unkrautvernichter werden tonnenweise und zumeist großflächig eingesetzt. Jedoch nicht nur in der Landwirtschaft, sondern auch von Kommunen und Hobbygärtnern. Sie heißen Roundup oder Glyfos.

Viele Pflanzenschutzmittel enthalten den Wirkstoff Glyphosat und gehören zu den weltweit am häufigsten verwendeten Herbizidprodukten. Aufgrund der kostengünstigen und effektiven Bekämpfung vieler Unkrautarten sind sie auch als Breitband-Herbizide bekannt. In vielen Ländern finden Pflanzenschutzmittel, die den Wirkstoff Glyphosat enthalten, nicht nur in der Landwirtschaft, sondern auch in der Unkrautbekämpfung in Gärten Verwendung.



Nach Meinung vieler Experten ist der großflächige Einsatz von Glyphosat für den Rückgang der Artenvielfalt bei Ackerwildkräutern, Insekten und Vögeln verantwortlich. Aber auch Gesundheitsfragen sind zu berücksichtigen. Einige Experten halten Glyphosat für möglicherweise krebserregend. Beide Kritikpunkte spielen eine Rolle in der Debatte um die

weitere Zulassung des Unkrautvernichters.

Bundeslandwirtschaftsminister Christian Schmidt (CSU) hatte sich dabei über ein Veto von Bundesumweltministerin Barbara Hendricks (SPD) hinweggesetzt und seinen Vertreter in Brüssel mit einem „Ja“ für eine Verlängerung des Einsatzes des umstrittenen Unkrautvernichters um 5 Jahre stimmen lassen. Damit beging er einen Verstoß gegen die Geschäftsordnung der Bundesregierung und belastete das Klima zwischen CDU/CSU und der SPD erheblich, denn mit dem „Ja“ aus Deutschland war die Mehrheit für eine Verlängerung gesichert. Inzwischen fand jedoch ein Gespräch zwischen den beiden Ministern statt.

Die SPD nimmt die Auswirkungen des großflächigen Einsatzes von Glyphosat ernst und fordert schnellstmöglich einen nationalen Ausstieg.

Die SPD-Bundestagsfraktion setzte sich mit ihrem Antrag in dieser Parlamentswoche für eine nachhaltige Landwirtschaft ein, die aktiv Umwelt-, Natur-, und Tierschutzziele verfolgt. Mit unserem Antrag zum nationalen Ausstieg aus der Anwendung glyphosathaltiger Pflanzenschutzmittel haben wir als SPD-Fraktion einen ersten wichtigen Schritt gemacht, um die Artenvielfalt langfristig zu erhalten und zu verbessern. Deutschland muss aus der Anwendung endgültig aussteigen und den Rückgang der biologischen Vielfalt stoppen, so unsere Forderung.

Mensch und Umwelt sind auf die biologische Vielfalt angewiesen. Die intensive Landbewirtschaftung mit hohem Pestizideinsatz sorgt jedoch dafür, dass Bienen und Hummeln massenhaft sterben und die Artenvielfalt immer mehr abnimmt. Pflanzenschutzmaßnahmen sollten also so ausgerichtet sein, dass die Ackerbegleitflora und Insekten nicht beeinträchtigt werden. Auch Grund- und Oberflächengewässer dürfen nicht verunreinigt werden. Genau diese Risiken birgt aber die großflächige Glyphosatanwendung.

Unser Antrag wurde zur Beratung in den Hauptausschuss des Bundestags überwiesen. Hier gilt es, eine mehrheitsfähige Grundlage für den schrittweise Glyphosatausstieg und damit die Abkehr von Totalherbiziden zu schaffen, über den dann der Deutsche Bundestag zu entscheiden hat.

Dialogveranstaltung der AG Zukunft des Gesundheitswesens

Die Dialogveranstaltung begann mit einer Bestandsaufnahme der Gesundheitspolitik in der vergangenen Legislaturperiode. Mit zahlreichen Gesetzen wurden vor allem Verbesserungen der Versorgung in den Bereichen Pflege, Krankenhausversorgung und flächendeckende ärztliche Versorgung auf den Weg gebracht.



Der rote Faden sozialdemokratischer Gesundheitspolitik ist die bestmögliche gesundheitliche Versorgung unabhängig vom Einkommen, Alter und Wohnort des Versicherten, erläuterte Dr. Edgar Franke in seiner Rede. „Einiges von dem, was wir auf den Weg gebracht haben, wird allerdings erst in den nächsten Jahren seine volle Wirkung entfalten“.

Für die jetzt beginnende Wahlperiode wollen wir Sozialdemokraten eine Bürgerversicherung einführen. Unser Ziel ist eine paritätische Bürgerversicherung für alle in Gesundheit und Pflege. Paritätisch bedeutet: Arbeitgeber und Versicherte werden wieder den gleichen Anteil am gesamten Versicherungsbeitrag zahlen. Daher wollen wir den einseitigen Zusatzbeitrag der Versicherten abschaffen.

In der Anlage zum Newsletter überlassen wir Euch ein ausführliches Informationspapier über die geplante Bürgerversicherung.

Außenpolitische Kontinuität in außergewöhnlichen Zeiten

Sieben Einsätze, drei Monate Fortsetzung: Der Bundestag hat in dieser Parlamentswoche die wichtigsten Einsätze der Bundeswehr verlängert.

Da die Bundesregierung aufgrund der noch offenen Koalitionsfrage nur geschäftsführend im Amt ist, haben wir in dieser Woche insgesamt sieben Einsätze der Bundeswehr nur um je drei Monate verlängert.

Am Mittwoch stimmten wir mit großer Mehrheit für die weitere Beteiligung der Truppe an den Friedensmissionen im Sudan und im Südsudan. Bereits am Dienstag hatten wir fünf Einsätze verlängert, darunter die Missionen in Afghanistan und Mali sowie die Beteiligung am Kampf gegen den IS.

Mit der Verlängerung der Bundeswehreinsätze bis Ende März bzw. Ende April 2018 stellen wir außenpolitische Kontinuität sicher. Über die künftige Ausgestaltung der Missionen muss dann die nächste Regierungskoalition entscheiden. Das bedeutet, dass wir uns im Frühjahr 2018 erneut mit den Auslandseinsätzen befassen müssen. Dann soll über die eigentliche Verlängerung - in der Regel geschieht das für ein Jahr - und auch über Änderungen bei Truppenstärke oder den Auftrag entschieden werden.

Die Mission UNAMID der Vereinten Nationen und der Afrikanischen Union soll im Sudan das Darfur-Friedensabkommen von 2006 überwachen und die Friedensverhandlungen im Sudan unterstützen. Die Bundeswehr beteiligt sich seit 2012 an dem Darfur-Einsatz - derzeit mit sieben Soldaten.

„Immer noch finden in Darfur schwerste Menschenrechtsverletzungen statt«, sagte die waldecksche Abgeordnete Esther Dilcher. Die Verlängerung gebe den Soldaten Rechtssicherheit. Edgar Franke ergänzte, jetzt den Rotstift bei Friedensmissionen anzusetzen, wäre Sparen an der falschen Stelle.

Auch die Beteiligung an der UN-Mission im Südsudan wurde bis Ende März 2018 vorübergehend verlängert. Nur die Linke stimmte dagegen.

Deutsche Soldaten sollen als Teil der UNMISS-Operation der Vereinten Nationen die Zivilbevölkerung des jungen Staates schützen und helfen, ein Waffenstillstand-Abkommen umzusetzen. In dem ölreichen Bürgerkriegsland war die Gewalt Ende 2013 eskaliert. Seither sind Zehntausende ums Leben gekommen, etwa vier Millionen Südsudanesen - jeder dritte Bewohner des Landes - sind vor der Gewalt geflohen, so Dilcher und Franke.

Blutspenden – Leben retten – eine gute Sache, gerade vor Weihnachten

Esther Dilcher geht mit gutem Beispiel voran: Beim Blutspenden im Bundestag.



Ich war heute – und das zum ersten Mal in meinem Leben – Blutspenden.

Das Deutsche Rote Kreuz hatte im Jakob-Kaiser-Haus einige Räumlichkeiten bezogen, um den Abgeordneten und den Mitarbeitern auf unkompliziertem Wege während der

Sitzungswoche die Blutspende zu ermöglichen.

Dieses tolle Angebot habe ich gerne angenommen. Ich gestehe, ich hatte dennoch ein leicht flauendes Gefühl in der Magengrube, als ich mich bei den Damen und Herren des Roten Kreuzes vorgestellt habe. Aber ganz umsonst: hochprofessionell und freundlich wurde ich empfangen und das Blutspenden lief beinahe nebenbei.

Schön, dass ich so kurz vor Weihnachten auf diesem Wege noch etwas Gutes tun konnte.



**und einen guten Rutsch in das neue Jahr
wünschen die beiden nordhessischen
Bundestagsabgeordneten für Waldeck-
Frankenberg, Kassel-Land und Schwalm-Eder,
Esther Dilcher und Dr. Edgar Franke.**

So erreichen Sie uns

Esther Dilcher, MdB

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030-227-75113
esther.dilcher@bundestag.de

Wahlkreisbüro:

Briloner Landstr. 27
34497 Korbach
Tel.: 05631-974712

www.estherdilcher.de

Dr. Edgar Franke, MdB

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030-227-73319
edgar.franke@bundestag.de

Wahlkreisbüros:

Bahnhofstr. 36c
34582 Borken
Tel.: 05682-739729

Obermarkt 5
35066 Frankenberg
Telefon 06451 717950

www.edgarfranke.de

Informationspapier der SPD-Bundestagsfraktion



In der Anlage überlassen wir Euch ein ausführliches Informationspapier über die geplante Bürgerversicherung.

Eine Information der Bundestagsabgeordneten Esther Dilcher und Dr. Edgar Franke – Die Infos sind bewusst kurz gehalten, um Euch einen schnellen Überblick zu geben. Falls Ihr vertiefende Auskünfte zu bestimmten Themen wünscht, meldet Euch einfach.

V.i.S.d.P.: Dr. Edgar Franke, MdB, Platz der Republik 1, 11011 Berlin.